



Biwöchiger Abonnementsspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl.
Postz. 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Sgr. Inserationsgebühr für den Raum einer
zweitseitigen Seite in Breslau 1 $\frac{1}{4}$ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
jeweils an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 16. Mittag-Ausgabe.

Fünfundvierziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 11. Januar 1864.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Hannover, 10. Jan. (Abends.) Die heute stattgefundenen Landesversammlung, an welcher sich 3000 Personen beteiligten, hat einstimmig beschlossen, dem Könige durch eine Deputation eine Petition um Possession vom londoner Protokoll und Anerkennung des Herzogs Friedrich zu überreichen.

(Wolff's T. B.)

Hamburg, 10. Jan. (Abends). Die „Hamburger Nachrichten“ melden aus Tönningen, daß dänischerseits die Passage über die Eider bei Tönningen und Wollerum gesprengt worden sei. Auch bei Friedrichstadt ist die Passage er schwert, die Postverbindung dahin jedoch noch ungestört. (Wolff's T. B.)

Warschau, 10. Jan. Eine Regierungs-Verordnung setzt die städtische Contribution auf 3 p.C. von den Haustümern für Warschau und Praga, und auf das Doppelte der Nachfangs- und Schwerpunktsteuer für die übrigen Städte des Königreichs fest. Bei einer Strafe von 25—50 p.C. läuft die Zahlungsfrist für Warschau mit dem 31. Januar, für die anderen Städte mit dem 25. Februar ab.

Wrennen.

Berlin, 9. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allgemein geruht: Dem Regierungs-Präsidenten Kuebler zu Laden den Stern mit rothen Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub, sowie dem großherzoglich badischen Feuerwehrmeister Au zu Rastatt, dem pensionierten Steuer-Ausheber Müller zu Beelitz und dem Schulleiter und Küfer Deutschein im Kreise Merseburg das allgemeine Ehrenzeichen, ferner den Ober-Steuer-Inspectoren Dertel in Beelitz, v. Reck in Liegnitz, Fried in Gumbinnen, Krumbauer in Magdeburg und Vilau in Chodzien, im gleichen Ober-Steuer-Inspectoren Fleischmann in Golbergermünde, Vinck in Wolgast und Hentschke in Danzig den Charakter als Steuer-Rath, sowie dem praktischen Arzt v. Dr. Philippson in Cloeze den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Dem Kaufmann F. H. K. Brillwitz in Berlin ist unter dem 7. Januar 1864 ein Patent auf eine Vorrichtung zum Regulieren der Wassermenge bei Kreisförderern in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, ohne Demand in der Benutzung bekannter Theile zu beobachten, auf 5 Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates erteilt worden.

Bei dem Gymnasium zu Potsdam ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Kumpel zum Oberlehrer genehmigt worden.

[Kriegs-Ministerium.] Auf den mir gehaltenen Vortrag bestimme ich, daß zur Formirung und Uebung der Besatzungen der in Straßburg in Dienst zu stellenden Flottille, sowie zur Leitung der eventuellen Indienststellungen daselbst ein Flottille-Commando mit der Disciplinar-Strafegewalt und der Gerichtsbarkeit eines Regiments-Commandeur des Meinen Landarmee eingesetzt werden soll. Sie haben demgemäß das Weitere zu veranlassen und das Ober-Commando der Marine zur Einrichtung des betreffenden Vorschlags aufzufordern.

Berlin, den 17. Dezember 1863.

(geg.) Wilhelm.

(gegenges.) von Roon.

An den Kriegs- und Marine-Minister.

Se. Maj. der König haben allgemein geruht: Dem Major v. Salviati vom Generalstab der 8. Division und dem Hauptmann v. Wussow des 1. Schles.-Grenadier-Regiments Nr. 10 die Erlaubnis zur Anlegung der von den Königs von Hannover Maj. ihnen verliehenen Decorationen resp. des Ritterkreises und der 4. Klasse des Guelph-Ordens zu erteilen.

Berlin, 9. Jan. [Se. Maj. der König] nahmen heute die Vorträge des Kriegs- und Marineministers, Gen.-Lieuts. v. Roon, des Gen.-Adjutanten, Gen.-Lieuts. Frhrn. v. Manteuffel, und des Wirkl. Geh. Rath, Geh. Kabinets-Rath, Illaire entgegen und empfingen den Vortragenden des Staatsministeriums, v. Bismarck-Schönhausen, und den Generalmajor Grafen v. d. Goltz, Commandeur der 3. Garde-Infanterie-Brigade.

(St. A.)

[Militär-Wochenblatt.] v. Lütitz, Sec.-Et. vom 1. Schles.-Gren.-Regt. Nr. 10, in das Kaiser Alexander Garde-Gren.-Regt. Nr. 1 versetzt. Gr. v. d. Goltz, Gen.-Major und Commdr. der 16. Inf.-Brig., in gleicher Eigenschaft zur 3. Garde-Inf.-Brig. versetzt. Bogum v. Wangenheim, Gen.-Lieut. und Inspect. der 2. Ing.-Insp., der Abschied mit Pension bewilligt. Frhr. Hofer v. Lobenstein, Gen.-Major und Commdr. der 6. Inf.-Brigade, v. Trebel, Gen.-Major und Commdr. der 3. Garde-Inf.-Brig., v. Sommerfeld, Gen.-Major und Commdr. von Stettin, v. Gotzsch, Gen.-Major und Commdr. der 4. Inf.-Brig., alle vier in Genehmigung ihres Abschiedsgesuchs als Gen.-Lts. mit Pension z. D. gestellt.

K. C. Berlin, 9. Jan. [Die Anleihecommission des Hauses der Abgeordneten] hat heute ihre Beratungen beendet. Diejenigen Amendements, welche eine teilweise Bewilligung aus bereiten Fonds aussprechen wollten, wurden fast einstimmig abgelehnt; darauf wurde die Regierungs-Vorlage sowohl in den einzelnen Paragraphen als auch im Ganzen einstimmig abgelehnt; eine Motivierung der Ablehnung sowie eine Aufforderung an die Regierung zu einer neuen Vorlage wegen Bewilligung der Matricular-Beiträge wurde, mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt. Statt des von einem Unwohlsein heimgesuchten Abg. v. Sybel wurde der Abgeordnete Dorden zum Referenten gewählt. Die Commission hat nur nach dem Bericht festzustellen. — Man nimmt an, daß die einfache Ablehnung auch durch das Haus mit großer Mehrheit erfolgen wird und daß der Schluss der Session demnächst sehr bald eintritt.

[Die Untersuchungs-Commission] hat sich gestern abermals mit der Begehrung der Minister, die von ihnen verlangte amtliche Mittheilung über Wahlmaßregeln zu machen, sowie mit dem Verbot an Behörden und Beamten, den Requisitionen der Commission Folge zu geben, eingehend beschäftigt. Der Regierungs-Commissar Hegel hatte seine vorgerichtete Erklärung nachdrücklich schriftlich formulirt; danach könnte es scheinen, als sei der eigentliche Grund jenes Verbots nur die Umgebung der Minister bei den Requisitionen, und die Möglichkeit bot sich, daß das Ministerium Requisitionen, bei denen seine Vermittelung angegangen werde, zur Erledigung bringen würde. In der mündlichen Erklärung des Reg.-Commissars war, nach einstimmiger Ansicht der Commissars-Mitglieder, eine solche Auseinerung nicht vorgelommen. Infolge nun dieser Differenz zwischen der mündlichen Erklärung des Reg.-Commissars und der schriftlich redigirten Fassung derselben hat die Commission eine neue positive Erklärung des Staatsministeriums darüber eingefordert, wie es zu der in Rede stehenden Frage stände; ob es genügt sei, etwaigen Requisitionen auf Grund des Art. 82 der Verfassung seinesorts zu vermittelnd. Zur Entgegennahme der Antwort des Staatsministeriums ist heute Abend Sitzung anberaumt. — In der heutigen Nachmittagsitzung hat die Commission drei Zeugen aus dem Kreis Teltow wegen der dort vorgenommenen Wahlbeobachtungen, namentlich seitens des Landrats, mündlich vernommen; ebenso einen Zeugen von hier, der wegen seiner Stimmabgabe bei den Wahlen seiner Stelle als Gefangenwärter in der Stadtvoigtei entlassen worden ist, obwohl er nach dem Zeugniß seines Vorgesetzten sich durchaus tadelfrei geführt hat.

[Der Staatsvertrag mit Altenburg], wegen Austausches von Grenzbeamten ist heute in der besonderen Commission des Hauses der Abg. zur Verhandlung gekommen. Ref. v. Abg. zur Meagde. Der Vertrag erwies sich als so mangelhaft gefaßt, daß es schwer war, sich daraus klar zu vernehmen. Der Regierungs-Commissar war einverstanden damit, daß eine neue Sitzung anberaumt werde, damit er sich inzwischen über die entstandenen Bedenken informiren könne.

[Die Budget-commission] hat gestern Abend die Frage wegen des Staatshauses erledigt. Der Regierungs-Commissar Hegel verwirrte wiederholt die Vorlage der verlangten Spezialnachweise. Seine Erklärung gipfelte in den Sätzen: das Staatsvermögen verwalte der König als Repräsentant des Staates, und sei dabei nur soweit beschränkt, als die Verfassung bestimme; die Verfassung aber lenne das Wort und den Begriff „Controle“ nicht. Nach

längerer Discussion hat die Commission einstimmig beschlossen, beim Hause zu beantragen: das Haus möge die Regierung zu der Vorlage der Spezialnachweise auftreten, und bis diese erfolgt sei, die Decharge für die allgemeine Rechnung pro 1860 und 1861 verweigern.

[Die englische Note.] Wie man der „Nationalzeitg.“ aus Frankfurt a. M. mittheilt, ist der Ideengang der in der vorigestrichen Bundestagsitzung überreichten englischen Note vom 31. Dezember, welche übrigens an sämmtliche Unterzeichner des londoner Protokolles gerichtet ist, folgender: Nach dem Tode Friedrichs VII. sei Christian IX. von England, Frankreich, Rußland und Schweden unbedenklich als Herzog von Schleswig-Holstein anerkannt und auch im Lande selbst trog der Agitation weniger Beamten und Professoren als der rechtmäßige Herrscher angesehen worden. Nur Österreich und Preußen, obgleich Mitunterzeichner des londoner Tractates, hätten mit ihrer Anerkennung abgängt, diese vielmehr von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhängig gemacht. Aber selbst, wenn der König diese Bedingungen nicht erfülle, habe seine Anerkennung zu erfolgen. Nach einer wohlmeindenden Kritik der vom dänischen Minister Hall bei dem englischen Cabinet gemachten Vorstellungen, welche die fortgesetzte Nachgiebigkeit Dänemarks gegen die stets weiter gehenden Angriffe Deutschlands darzuthun suchen, kommt die Note zu dem Schluß, daß die Haupthindernisse der Lösung der schleswig-holsteinischen Frage in der Incorporation Schleswigs einerseits und der jetzigen Haltung Deutschlands andererseits liegen. Gegenüber diesen Schwierigkeiten, die sich jedoch durch den guten Willen Christians IX., der ja ein Deutscher sei, minderten, sieht England das einzige Heil in einem in London oder Paris abzuhalten Kongress der Traktatunterzeichner mit Hinzuziehung eines Vertreters des Bundes, und zwar dringt England auf solche Konferenzen, die durch blutige Confликte ein Streit entstanden sei, von dem man nicht wissen könne, welche Ausdehnung er nehmen und welche Gefüste er hervorrufen werde.

Dem Kaufmann F. H. K. Brillwitz in Berlin ist unter dem 7. Januar 1864 ein Patent auf eine Vorrichtung zum Regulieren der Wassermenge bei Kreisförderern in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, ohne Demand in der Benutzung bekannter Theile zu beobachten, auf 5 Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates erteilt worden.

Bei dem Gymnasium zu Potsdam ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Kumpel zum Oberlehrer genehmigt worden.

[Kriegs-Ministerium.] Auf den mir gehaltenen Vortrag bestimme ich, daß zur Formirung und Uebung der Besatzungen der in Straßburg in Dienst zu stellenden Flottille, sowie zur Leitung der eventuellen Indienststellungen daselbst ein Flottille-Commando mit der Disciplinar-Strafegewalt und der Gerichtsbarkeit eines Regiments-Commandeur des Meinen Landarmee eingesetzt werden soll. Sie haben demgemäß das Weitere zu veranlassen und das Ober-Commando der Marine zur Einrichtung des betreffenden Vorschlags aufzufordern.

[Truppen-Zusammenziehung.] Die 6. Division (Brandenburg), d. den Marschbereitschaft bereits früher gemeldet wurde, hat, wie die „Kreuzztg.“ mittheilt, am 6. d. M. den Befehl erhalten, am 10. d. M. nach der Priegnitz auszurücken. Die 13. münstersche Division tritt in Minden zusammen.

[Ein Gericht] will wissen, daß das ganze 4. und 7. Armeecorps mobil gemacht werden soll. So viel steht fest, daß es im Plane liegt, die bis jetzt konzentrierten Truppen so bald wie möglich nach dem Norden von Holstein zu befördern.

[Der Gesandte Preußens in Kopenhagen, Herr v. Ballan,] welcher sich des königlichen Vertrauens bisher immer in hohem Grade erfreute, soll hauptsächlich jetzt deshalb von dort entfernt werden, weil er die Ansichten des Herrn v. Bismarck nicht zu thieren vermöge.

Über die Stellung des Kronprinzen von Preußen zur schleswig-holsteinischen Frage wird der „Süd. Ztg.“ aus Berlin geschrieben: „Die Nachricht der „Neuen Frankfurter Zeitung“, daß der Kronprinz in London zwischen der Königin Victoria, welche den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein und dem Prinzen von Wales, welcher den dänischen Gesamtstaat begünstigte, vermittelte habe, entbehrt der Begründung. Der Prinz von Wales wirkt allerdings in London sehr eifrig im Interesse seines Schwiegervaters, des neuen Königs von Dänemark, aber der Kronprinz von Preußen ist sehr weit davon entfernt gewesen, eine Trennung der Verfassungs- und der Erbfolgefrage in London zu befürworten. Der Kronprinz ist entschieden für den Rücktritt vom londoner Vertrag und hat in diesem Sinne wiederholt gegen den König sich ausgesprochen. Der Ministerrath, welcher vorgestern unter dem Vorsitz des Königs und in Abwesenheit des Kronprinzen gehalten wurde, hat zu keinem Resultat geführt. Befürchtlich gemacht wird, daß das londoner Protokoll aufrecht erhalten bleibt. Frankreich ist am vorsichtigsten und am meisten abwartend von allen drei Mächten; es will das londoner Protokoll gewahrt und Modificirungen desselben den Protokoll-Mächten vorbehalten wissen, schweigt aber einstweilen bezüglich der Besetzung Schleswigs.

Die Stellung der deutschen Regierungen zu der schleswig-holsteinischen Frage, beziehungsweise zu dem Erbrecht des Herzogs Friedrich ist folgende: den Herzog haben bereits anerkannt: Baden, Württemberg, Coburg-Gotha, Meiningen, Altenburg, Braunschweig, Sonderhausen, Reuß i. L., Waldeck. Das Recht haben anerkannt: Bayern, Württemberg, Großherzogthum Hessen, Homburg, Greiz, Anhalt, Frankfurt, Bremen. Günstig sind: Sachsen, Mecklenburg-Schwerin, Rudolstadt. Ungünstig sind: Hannover, Kurhessen, Lippe-Detmold, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Strelitz. Feindlich und gebunden sind: Österreich, Preußen, Luxemburg. Zweifelhaft: Oldenburg, Hamburg, Lippe. Unbekannt: Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe.

anwaltschaft in Beschlag genommen worden.“ Auch die gestern erschene Nummer 2 derselben Zeitschrift ist, wie wir hören, auf Requisition der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt worden.

[Die bekannte Gräfin Danner] (Raßnussen) hatte hier einen Bruder, der Eiseler ist und eine zahlreiche Familie besitzt. Derselbe wohnte in der Schützenstraße und ist auf ein Schreiben seiner Schwester unmittelbar nach dem Tode des Königs von Dänemark mit seiner ganzen Familie nach Kopenhagen übergesiedelt.

[Wiederwahl.] Im 1. danziger Wahlbezirk (Elbing-Marienburg) sind, wie zum Theil schon gemeldet, am 8. d. M. wiedergewählt worden: Regierungs- und Schulrat Wantrup mit 243 gegen 164 Stimmen und Ger.-Rath Romahn mit 242 gegen 156 Stimmen.

Man schreibt der „Volksz.“ aus Marienburg: Herr Wantrup telegraphirte auf die Nachricht, daß er wiedergewählt sei. Folgendes hierüber: „Gott sei Dank! Hiob 5, 12. (Er macht zu nicht die Anschläge der Lüsten, daß es ihre Hand nicht ausführen kann.) Herzlichen Dank meinen Wählern. Wantrup.“

[Über den schon gemeldeten plötzlichen Tod des General-Consuls Dr. Quehl] in Kopenhagen, der bekanntlich früher längere Zeit in Berlin lebte, berichtet die „Sp. Z.“: Derselbe fühlte sich fast bis zu seinem letzten Augenblick vollkommen gesund, ein kleines rheumatisches Uebel abgerechnet, das aber schon am 1. Januar durch einige Schrybtopse völlig befeitigt worden war. Am 3. Januar stand er heiter auf, ging seinen Geschäften nach, speiste wie gewöhnlich um 4 Uhr im Kreise seiner Familie zu Mittag. Kurz nach Tische empynd er plötzliches Uebelbefinden, und kaum daß er den Seinen davon Mittheilung gemacht, brach er auch schon tot zusammen.

[Stettin, 8. Jan. [Beschlagnahme.] Die Morgennummer der „Oder-Zeitung“ vom 7. Januar ist von der Polizei mit Beschlag belebt.

[Lautenburg, 7. Jan. [Die Wiederherstellung gesetzlicher Zustände.] Ich schreibe Ihnen heute mit frohem Herzen als das letztemal. Der Regierungsrath Braun hatte zur Anhörung der Entscheidung der königl. Regierung zu Marienwerder über die bekannte Beschwerde der hiesigen Stadtverordneten die städtischen Kollegen auf gestern Nachmittag 4 Uhr vorgeladen. Die Regierung erklärte durch Herrn Braun das Verfahren des Landrats für nicht gesetzlich und gab dem Beigeordneten Vogel die Magistrats-Direction wieder zurück, nachdem der vom Rath v. Young eingesehete Hellmich seines Amtes entthoben worden war. Als aber Vogel erklärt hatte, daß er seiner Geschäfte wegen die städtische Verwaltung nicht weiter führen könne, forderte Herr Braun die städtischen Behörden auf, über die fernere Verwaltung der Stadt zu berathen und zu beschließen. Darauf wurde von der Stadtverordneten-Versammlung in öffentlicher Sitzung der Regierung-Subnumerar Witzig zum einstweiligen Magistrats-Direktor gewählt; der Magistrat unter Vorsitz des Herrn Vogel bestätigte ebenfalls einstimmig diesen Beschuß und Herr Regierungsrath Braun verpflichtete Herrn Witzig mit Bezug auf den von ihm dem Könige und der Verfassung geleisteten Dienstleid für sein neues Amt. — Die Stadt war Abends illuminiert. Dem Gesetz, dem Recht, unserem wackeren Abgeordneten v. Hennig-Plonhott erthoben Hoch's; es war ein allgemeines Freudenfest. Herrn v. Hennig wurde von einer großen Zahl der geachteten Bürger sofort Bericht erstattet; die Anerkennung und der Dank seiner Mitbürger wird ihm als Entschädigung dienen für die unwürdige und ungerechte Verunglimpfung durch den Landrat v. Young.

Deutschland.

[Koburg, 8. Jan. [Die Stellung der einzelnen Staaten zur schleswig-holsteinischen Frage.] Die „Koburger Ztg.“ bezeichnet die Stellung der verschiedenen Staaten zur schleswig-holsteinischen Frage in folgender Weise. Von den Grobmächten tritt England am eifrigsten für das londoner Protokoll auf; es soll in Berlin vor einem Einmarsch in Schleswig entschieden gewarnt haben. Dagegen soll Russland in Berlin mitgetheilt haben, daß es gegen die Bezeugung Schleswigs keinen Einspruch erhebe, wenn das londoner Protokoll aufrecht erhalten bleibe. Frankreich ist am vorsichtigsten und am meisten abwartend von allen drei Mächten; es will das londoner Protokoll gewahrt und Modificirungen desselben den Protokoll-Mächten vorbehalten wissen, schweigt aber einstweilen bezüglich der Besetzung Schleswigs.

Die Stellung der deutschen Regierungen zu der schleswig-holsteinischen Frage, beziehungsweise zu dem Erbrecht des Herzogs Friedrich ist folgende: den Herzog haben bereits anerkannt: Baden, Württemberg, Coburg-Gotha, Meiningen, Altenburg, Braunschweig, Sonderhausen, Reuß i. L., Waldeck. Das Recht haben anerkannt: Bayern, Württemberg, Großherzogthum Hessen, Homburg, Greiz, Anhalt, Frankfurt, Bremen. Günstig sind: Sachsen, Mecklenburg-Schwerin, Rudolstadt. Ungünstig sind: Hannover, Kurhessen, Lippe-Detmold, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Strelitz. Feindlich und gebunden sind: Österreich, Preußen, Luxemburg. Zweifelhaft: Oldenburg, Hamburg, Lippe. Unbekannt: Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe. Ich habe den Eid nicht nur selbst nicht geleistet, sondern auch durch meine freie Haltung bewirkt, daß kein Beamter aus N. ihn geleistet hat. Ich möchte mich sonst nicht direkt in politische Parteifragen, aber dies ist keine Partei, sondern eine gemeinsame patriotische Angelegenheit. Es handelt sich nicht um politische Ansichten, sondern um die Erfüllung des Rechtes, und da muß jeder bekennen, aber auch fest und entschieden in die Schranken treten. Meine unerschütterliche Überzeugung ist, daß Schleswig-Holstein auf dem Grunde des Rechtes und der nationalen Interessen aus immer von Dänemark gelöst und unter Friedrich VIII. als selbstständiges Land instituit werden muss. Wir können und wollen nicht länger die Heloten des dänischen Volkes sein, und es ist Deutschlands heilige Pflicht, uns zu helfen. Glauben Sie mir, es gibt keinen gesündiger und begabteren deutschen Volkstamm, als die Schleswig-Holsteiner, und wir, besonders die armen Schleswiger, sind um unseres Deutschen Sinnes und Wesens willen durchdrungen. Ein entsetzlicher Notshrei läßt von dort herüber, während hier im Hofe des Herzogs mit einem beispiellosen Jubel als Landesherr proclamirt und begrüßt wird an allen Orten. In dem Tage aber, wo deutsche Truppen in Schleswig einziehen, wird der Jubel der Schleswiger noch weit größer sein. Ich habe mich offen und ehrlich für Friedrich VIII. als meinen rechtmäß

reich und Preußen, als Mandatäre des Bundes beim Abschluß der Vereinbarungen von 1851—1852, ergangene Einladung zu einer Conferenz in Kopenhagen oder Hamburg, um die vollständige Ausführung jener Vereinbarungen anzubauen.

Hamburg. 9. Jan. Heute wurde hier eine holsteinische Telegraphenstation eröffnet. — Beide Deichschanzen des busumter Hafens sind mit je zwei Kanonen armirt und mit Munition versehen worden.

Altona. 9. Jan. [Herzogliche Landesregierung.] Eine Bekanntmachung der Bundescommissare enthält, wie bereits teleg. gemeldet, die die Centralverwaltung Holsteins betreffende Verfügung. In derselben heißt es: Es wäre zweckmäßiger befunden worden, sämtliche Verwaltungswege in einer Landesbehörde zu vereinen. Daher sei beschlossen worden, bis auf Weiteres die plöner Regierung vom 12. d. ab aufzuheben und die gesamte Centralverwaltung Holsteins einer Behörde unter dem Namen „herzogliche Landesregierung“, welche an gebachtem Tage in Wirklichkeit treten und deren Sitz Kiel sein soll, zu übertragen. Die Zuständigkeit der Landesregierung erstreckt sich über alle Verwaltungswege. Die Landesregierung hat unter Oberaufsicht der Bundescommissare die Verwaltung nach den bestehenden Gesetzen zu führen, deren Anordnungen auszuführen und deren Entschlüsse in allen Fällen einzuholen, in welchen seither eine landesherrliche Entscheidung nötig war. Die Landesregierung besteht aus dem Präsidenten und 5 Mitgliedern. Alle Eingaben, die bisher nach Kopenhagen oder Plön gesandt worden, sind vom 12. ab an die Landesregierung in Kiel zu richten. Zu Mitgliedern der Landesregierung sind bis auf Weiteres ernannt: Etatsrath Obergerichtsrath Henrici, Obergerichtsrath Jensen, Justizrath Amtsrichter Wenecker, Hofrath Oberinspector Lesser, Senator Bachmann.

Kiel. 8. Jan. [Der am Montag gegründete schleswig-holsteinische Verein] ist in einer gestern abgehaltenen Versammlung schon zu einer bedeutenden Mitgliederzahl angewachsen. Das ausgelegte (ihnen bereits mitgetheilte) Statut ward von 238 Anwesenden sofort unterzeichnet. Die darauf vorgenommene Wahl eines definitiven Vorstandes ergab die H. L. Reventlow mit 229 Stimmen, Advokat Spethmann mit 224 Stimmen, Bürgerworthalter Kruse mit 197 Stimmen, Dr. med. Weber mit 197 Stimmen, deputirter Bürger Martensen mit 181 Stimmen. Der Verein beschloß, daß der Vorstand sehr bald eine neue Versammlung zu berufen habe. Auf Anregung eines Mitgliedes ward beschlossen, daß der Vorstand eine Deputation an die Bundescommissare sende, mit der Bitte, daß dieselben eine nochmalige Aufforderung an Dänemark richten möchten, die in der dänischen Armee widerrechtlich zurückgehalteten holsteinischen Soldaten sofort in die Heimath zu entlassen. Die Deputation wird vermutlich noch heute abgehen und hat zugleich den Auftrag, genaue Erfundigungen einzuziehen, ob wirklich schleswigische und holsteinische Soldaten, welche aus der dänischen Armee entflohen, von den Bundes-truppen zurückgewiesen werden. Die Zeitungen haben bekanntlich beunruhigende Mittheilungen dieser Art gebracht. (Die Nachricht ist bekanntlich widerzurufen worden.)

Heide. 7. Jan. In den letzten Tagen ist Reisenden von hier bei Tönning der Übergang über die Eider verwehrt worden. Die dänische Bevölkerung hat dort zur Verhütung der täglich vorkommenden Desertionen dichte Postenketten aufgestellt. Die Deserture kommen meistens in größeren Trupps unbewaffnet über die Eider. Die an die Eider vormarschierten sächsischen Truppen haben heute von hier ihren Rückmarsch nach Neumünster angetreten; hier werden demnächst Hannoveraner einrücken. Die landesfeindliche Haltung der deutschen Großmächte trübt etwas die zuversichtliche Hoffnung, die man in Betreff der Successionsfrage auf den Bund stellen darf. So wenig freilich die Appellation der Mächte an die ihnen zu Gebote stehende Macht die Bewohner der Herzogthümer in der mit seltener Einmuthigkeit getroffenen Entscheidung beeiren kann, so können sie doch nicht vergessen, daß sie schon einmal eine Läusigung erfahren, als ihnen am 7. Dezbr. v. J. mit Bestimmtheit der Beschluß der Occupation vorausgesagt war, der Druck der Großmächte aber dennoch den Executionsbeschluß zur Folge hatte.

Aus dem Herzogthum Schleswig. 8. Jan. [Mequisitionen.] Auch in Schwansen sind, ähnlich wie im dänischen Wohlde, starke Requisitionen ausgeschrieben, nämlich von jedem Pfug Landes 6000 Pf. Stroh und von 1½ Pfug einen zweispännigen Wagen. Da die Landschaft 343 Pfüge zählt, so giebt es 2½ Millionen Pfund Stroh und ca. 230 Wagen. Man sucht diese Distrikte so rasch auszubeuten, weil man fürchtet, sie bald verlassen zu müssen.

Kopenhagen. 6. Januar. [Kriegsrüstungen.] In seiner „Revue de la semaine“ sagt „Dagbl.“, daß der Kronprinz sich entschlossen hat, bei der Eröffnung der Campagne ein Kommando bei der Armee zu übernehmen. Gedenkselbst heißt es: Es ist eine Orde gegeben, daß die Mannschaften der Kriegsreserve einberufen werden sollen, wodurch die Armee um circa 25 Prozent vergrößert werden wird. Diese Vermehrung der Streitkräfte scheint dafür zu bürgern, daß das neue Ministerium fest beschlossen hat, jeden feindlichen Angriff auf Schleswig zurückzuweisen.

Nach „Dagbl.“ hat der Landvogt v. Krogh doch schließlich Bedenken getragen, daß schleswigische Ministerium zu übernehmen und würde dasselbe ferner interimistisch von Simony verwaltet werden.

Kopenhagen. 8. Jan. [König Christian aus Schleswig zurück. — Dänenfreundliche Resolutionen. — Dänische Desertiere in Holstein.] König Christian ist heute in Begleitung seines ältesten Sohnes, des Kronprinzen Friedrich, aus dem Herzogthum Schleswig zurückgekehrt. Es heißt, der König habe sammt dem Kronprinzen den dänischen Befehlshabern im Schleswigischen gelobt, für den Kriegsfall mit ihnen jegliche Gefahren zu thieren. Ich kann Ihnen nun aber die Versicherung ertheilen, daß weder König Christian noch Kronprinz Friedrich eine solche Körperbeschaffenheit besitzen, sondern daß sie auf ihren Gesundheitszustand alle mögliche Aufmerksamkeit verwenden müssen. Beide besitzen sehr regelmäßige, sogar einnehmende Gesichtszüge und sind schlank, aber außerordentlich zart gebaut.

Ein gewisser Bay, gebürtig aus dem Flecken Neumünster im Herzogthum Holstein, macht sich den dänischen Gesamtstaatsmännern außerordentlich angenehm, indem er hier ansässige Deutsche zum Erscheinen in Versammlungen bewegt und sie zur Anerkennung von Loyalitäts-Adressen an den König Namens Schleswig-Holsteins überredet. Befragter Bay ist übrigens ein höchst mißachtetes Subject, das vor Jahren in dem holsteinischen Ministerium das Amt eines Schreibers bekleidete und später wegen verschiedener Pflichtverstöße plötzlich seines Dienstes entlassen wurde. Allein dieses Factum würde das genannte Individuum oder correcter gesagt, dessen moralische Bedeutung charakterisiren; ich bin indeß in der Lage, weitere Details anführen zu können; nach erfolgter Entlassung aus der Regierung trieb Bay sich ohne irgend welche Existenz bald in den Herzogthümern, bald in Kopenhagen herum, ausgenommen die Sessionen der Landtage für Schleswig und für Holstein, welche er bis zum Jahre 1860 als außerordentlicher Landtagschreiber ausübte. Später durfte er sich dann aber wieder in Flensburg noch in Fliehoe blicken lassen, da ihm aus der schleswigischen Landtagsperiode eine verderbliche Indiscretion nachgewiesen wurde, welches entehrnde Vergehen es sogar zur Folge

hatte, daß der holsteinische Landtag Präsident, Baron Carl v. Scheel-Plessen, ihm jegliche Wiederanstellung auf dem Landtags-Bureau verweigerte. Noch später machte Bay mit Erfolg den Versuch, sich bei den dänischen Staatsrännern Geld zu erbetteln, was ihm unter Anderen bei dem Ex-Ministerpräsidenten, Baron von Bliden-Knecke, gelungen sein soll. Und eines solchen Menschen bedient sich jetzt das Ministerium Monrad, um von dem willensfesten Volke der Holsten Loyalitäts-Adressen zu erzielen! Hat doch die amtliche „Berlingste Tidende“ mit großem Triumph über das sämmerliche Resultat der Bayschen Bestrebungen berichtet! — Die Mittheilungen über zahlreiche Desertionen in der dänischen Armee werden jetzt von dänischen Blättern bestätigt. Das eider-dänische „Dagbladet“ läßt sich darüber u. a. aus dem Herzogthum Schleswig berichten: „Was der ältere Theil der militärischen Welt hartnäckig nicht hat einsehen wollen, wird jetzt täglich durch Thatsachen nachgewiesen; die holsteinischen Soldaten sind unzuverlässig und desertieren von ihren Regimentern und Batterien, ja die Artilleristen führen Pferde und Wagen mit fort, wenn es nur irgend möglich ist. Einige holsteinische Gemeine vom 16. Regiment sollen Scandal gemacht haben und 4 von ihnen arretiert worden sein; ein Unteroffizier desselben Regiments soll (weiches Verbrechen!!) „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ gesungen haben. Man würde sicherlich am klügsten handeln, wenn man alle Holsteiner, welche es würnen, von dem activen Heere forttrieb und nur die zuverlässigen Leute (würden sicherlich keine zurückbleiben sein) zurückbehalte.“

Italien.

Turin. 5. Jan. [Garibaldi.] Als heute in der Kammer der Brief Garibaldi's zur Vorlesung gelangen sollte, wurde der Präsident von einigen Mitgliedern der gemäßigten Linken unterbrochen und erucht, die Vorlesung dieses Briefes auf ihre Verantwortung für einige Tage zu verschieben. Allgemeine Sensation. Dann Combinationen. Was will man? Wozu soll das dienen? Endlich erfährt man, daß sich eine Deputation der Linken, der sich eine Anzahl selbst von Mitgliedern der Majorität angegeschlossen, bereit gemacht hat, um nach Caprera sich zu begeben und zu versuchen, Garibaldi's Willen in so weit zu beeinflussen, daß er das Entlassungsgesuch zurücknehme. Es mag das ein immerhin befremdender Schritt sein von Seiten einer Kammer, mit der Garibaldi in eben diesem Schreiben nicht allzu glimpflich verfuhr, aber der wahre Freund wird diese Anstrengung nur willkommen heissen können, um auch im Reiche der Geister die Civita Italia eine wirkliche Wahrheit werden zu lassen. (R. 3.)

Osmannisches Reich.

Konstantinopel. 2. Jan. Das „Journal de Constantinople“ beklagt in einem Artikel die Haltung der moldo-wallachischen Regierung. Morali Mehmed Pascha wurde wegen im Krimkriege verbürtigter Unterschleife ins Exil geschickt. 3000 tcherkesische Einwanderer wurden nach Varna geschickt, um am Bause der Eisenbahn nach Russland zu arbeiten. Die Pforte richtete eine Note an die russische Gesandtschaft, anlässlich des Transportes von Panzerplatten nach Nicolajeff auf einer russischen Corvette, die den Bosporus passirte.

In Odessa finden fortwährend Verhaftungen statt. Im Arsenal herricht große Thätigkeit.

Aus Smyrna, 31. Dezbr., wird gemeldet: Das österreichische Kanonenboot „Kerka“, auf einer Kreuzung im Archipel, wird die Rückkehr der Fregatte „Schwarzenberg“ im hiesigen Hafen abwarten; letztere Fregatte befindet sich gegenwärtig an der syrischen Küste.

Telegraphische Depesche.

Altona. 11. Jan. Die dänische Streitmacht ist in der Stadt Schleswig concentrirt; sie beträgt an 16,000 Mann. Die Stadtbewohner tragen schwere Einquartierungslasten. Der Platz „Freiheit“ in der Stadt Schleswig ist mit 5 Bierundzwanzigpfundern armirt, am Dannewerke werden kolossale Baracken aufgestellt, die 35jährigen Mannschaften sind einberufen.

[Angekommen 10 Uhr 30 Min. Vorm.] (Wolff's T. B.)

eteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Partier-Linien, die Temperatur für der Luft nach Raumur.	Ba- rometer.	Baro- metrische ratur.	Wind- richtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 9. Jan. 10 U. Ab.	335,16	-9,8	SE. 1.	Heiter.
10. Jan. 6 U. Mrg.	335,43	-13,0	N. O.	Rebel.
2 U. Nachm.	336,48	-7,7	NW. 1.	Bedeckt.
10 U. Abends.	337,63	-6,0	W. 1.	Trübe.
11. Jan. 6 U. Mrg.	338,21	-5,0	N. O.	Trübe.

Breslau, 11. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 14 J. — B. U.-P. 10 J. Eisstand.	Gissstand.
98 cm.	98 cm.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris. 9. Januar, Nachm. 3 Uhr. Das Geschäft war im Allgemeinen ein geringes. Die Rente erhöhte zu 66, 65, hob sich auf 66, 90 und schwierig hierzu unbedingt, jedoch fest. Für Credit-Mobilier waren Käufer am Platze. Consols von Mittags 12 Uhr waren 91½ eingetroffen. Schluss-Course: Proz. Rente 66, 90, Italien 5proz. Rente 69, 45. Ital. neueste Anleihe — Proz. Spanier 49%. Proz. Spanier —. Destr. Staats-Eisenbahn-Aktien 395, —. Credit-Mobilier-Aktien 1035, —. Lombard-Gisen-Aktien 522, 50.

London. 9. Jan., Nachm. 3 Uhr. Silber 61%. Türl. Consols 46% Wetter trübe, aber mild. Consols 91%. Proz. Spanier 46%. Meridianer 36%. Proz. Russen 93. Neue Russen 88½%. Sardinier 84%.

Wien. 9. Jan., Nachmitt. 12½ Uhr. Baluten weichend. Prozessige Metalliques 72, 90. 4½ proz. Metalliques 64, 25. 1854er Loos 91, —. Bank-Aktien 793, —. Nordbank 166, 70. National-Aktien 79, 80. Credit-Aktien 180, —. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 189, 50. London 119, 70. Hamburg 90, 30. Paris 17, 45. Gold —. Böhmisches Eisenbahn-Aktien 154, 75. Neue Loos 138, 50. 1860er Loos 93, —. Lomb. Eisenbahn-Aktien 246, —.

Frankfurt a. M., 9. Jan., Nachm. 2½ Uhr. Destr. Creditaktien und 1760er Loos bei etwas matter Haltung niedriger. Finn. Akt. 84%. Schluss-Course: Ludwigsh.-Begb. 136%. Wiener Wechsel 96%. Darmst. Bank-Aktien 212. Darmst. Zettel-Bank 24½%. Proz. Metalliques 57%. 4½ proz. Metall. 51%. 1854er Loos 71%. Destr. National-Akt. 64%. Destr. Franzöf. Staats-Eisenbahn-Aktien 184, —. Destr. Bankanth. 763. Destr. Frankreich. Credit-Aktien 173. Destr. Eisenbahnbahn 113. Rhein-Nahe-Bahn 24½%. Hess. Ludwigsbahn 122%. Neueste Destr. Anleihe 76%.

Hamburg. 9. Jan., Nachm. 2½ Uhr. Beschränktes Geschäft. Befragter Bay ist übrigens ein höchst mißachtetes Subject, das vor Jahren in dem holsteinischen Ministerium das Amt eines Schreibers bekleidete und später wegen verschiedener Pflichtverstöße plötzlich seine Dienste entlassen wurde. Allein dieses Factum würde das genannte Individuum oder correcter gesagt, dessen moralische Bedeutung charakterisiren; ich bin indeß in der Lage, weitere Details anführen zu können; nach erfolgter Entlassung aus der Regierung trieb Bay sich ohne irgend welche Existenz bald in den Herzogthümern, bald in Kopenhagen herum, ausgenommen die Sessionen der Landtage für Schleswig und für Holstein, welche er bis zum Jahre 1860 als außerordentlicher Landtagschreiber ausübte. Später durfte er sich dann aber wieder in Flensburg noch in Fliehoe blicken lassen, da ihm aus der schleswigischen Landtagsperiode eine verderbliche Indiscretion nachgewiesen wurde, welches entehrnde Vergehen es sogar zur Folge

hatte, daß der holsteinische Landtag Präsident, Baron Carl v. Scheel-Plessen, ihm jegliche Wiederanstellung auf dem Landtags-Bureau verweigerte. Noch später machte Bay mit Erfolg den Versuch, sich bei den dänischen Staatsrännern Geld zu erbetteln, was ihm unter Anderen bei dem Ex-Ministerpräsidenten, Baron von Bliden-Knecke, gelungen sein soll. Und eines solchen Menschen bedient sich jetzt das Ministerium Monrad, um von dem willensfesten Volke der Holsten Loyalitäts-Adressen zu erzielen! Hat doch die amtliche „Berlingste Tidende“ mit großem Triumph über das sämmerliche Resultat der Bayschen Bestrebungen berichtet! — Die Mittheilungen über zahlreiche Desertionen in der dänischen Armee werden jetzt von dänischen Blättern bestätigt. Das eider-dänische „Dagbladet“ läßt sich darüber u. a. aus dem Herzogthum Schleswig berichten: „Was der ältere Theil der militärischen Welt hartnäckig nicht hat einsehen wollen, wird jetzt täglich durch Thatsachen nachgewiesen; die holsteinischen Soldaten sind unzuverlässig und desertieren von ihren Regimentern und Batterien, ja die Artilleristen führen Pferde und Wagen mit fort, wenn es nur irgend möglich ist. Einige holsteinische Gemeine vom 16. Regiment sollen Scandal gemacht haben und 4 von ihnen arretiert worden sein; ein Unteroffizier desselben Regiments soll (weiches Verbrechen!!) „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ gesungen haben. Man würde sicherlich am klügsten handeln, wenn man alle Holsteiner, welche es würnen, von dem activen Heere forttrieb und nur die zuverlässigen Leute (würden sicherlich keine zurückbleiben sein) zurückbehalte.“

Wie hier, so hatte auch in Frankfurt diese Ansicht des einflußreichen englischen Journals auf die Börse gewirkt; man meldete von dort deshalb matte Tendenz, Credit 173%, Loos 76%; dagegen brachte der Telegraph aus Wien von günstiger Stimmung Kunde, und Notirungen für National 80, 30, für Credit 180, 30, Loos 93, 25, London 119. Hier war in keiner Effectengattung lebhaftester Umsatz, nur etwa preuß. Fondz zeigten sich gut behauptet und weniger vernachlässigt. Die Frage wegen der Form einer aufzunehmenden Anleihe ohne Zustimmung der Kammern, und der an etwaigen Vorberhandlungen beteiligten Banquiers und sonstigen Persönlichkeiten giebt der Börse nach wie vor Stoff zur Unterhaltung, zu der es ihr auch heute nicht an Zeit gebrach; vor Allem wird die Sicherheit oder Unsicherheit einer solchen Anleihe discurirt. (B. u. H. 3.)

Berliner Börse vom 9. Januar 1864.

Fonds- und Gold-Course.

Preisw. Staats-Anl.	100 b.	100 b.	100 b.	100 b.
Staats-Anl. von 1859	104½	104½	104½	104½
dito 1860	92½	94½	94½	94½
dito 1864	100	100	100	100
dito 1865	100	100	100	100
dito 1866	100	100	100	100
dito 1867	100	100	100	100
dito 1868	100	100	100	100
dito				